

Stellungnahme der ProDG-Fraktion/Lydia Klinkenberg
Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens
Plenarsitzung vom 12.12.2016

Es gilt das gesprochene Wort!

Haushalt

Sehr geehrter Herr Präsident,
Sehr geehrte Mitglieder der Regierung,
werte Kolleginnen und Kollegen,

mein Kollege, Alfons Velz, sprach gerade von Zukunftsorientierung. Tatsächlich zieht sich das Regionale Entwicklungskonzept wie ein „Navigationssystem“, wie es der Ministerpräsident einmal an diesem Rednerpult nannte, wie ein ganzheitliches Gesamtkonzept mit Zukunftsvision, durch den Haushalt – und das bereits seit einigen Jahren.

Wenn ich von Visionen in Verbindung mit diesem Haushalt spreche, dann weiß ich bereits, welche ablehnende Rückmeldung ich von Seiten der Oppositionskolleginnen und -kollegen zu erwarten habe. Das ist natürlich, das liegt in der Natur der demokratischen Sache. Aber dieses REK ist legislaturübergreifend gedacht und enthält Zukunftsvorstellungen vieler Bürgerinnen und Bürger, die an seiner Fertigstellung beteiligt waren. Das kann niemand bestreiten.



Werte Kolleginnen und Kollegen, ich zähle nicht zur Gattung der Utopisten oder Sozialromantiker, aber ich glaube, dass erfolgreiche Politik langfristig angelegt sein muss. Sonst endet man wie die Plattenfirma, die 1962 den Beatles den Vertrag kündigte mit der Begründung Gitarren-Bands wären doch langsam out.

Es gilt also Trends frühzeitig zu erkennen, um die Angebote der Deutschsprachigen Gemeinschaft möglichst bedarfsgerecht zu gestalten.

Ich glaube außerdem, dass wir bei der Gestaltung der heutigen Politik die großen Herausforderungen unserer Zeit im Blick haben müssen: die demographischen Entwicklungen, die erforderliche Energiewende, den digitalen Wandel und die zunehmende Bedeutung des Grenzüberschreitenden. Diese Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und doch macht sie klar, warum Zukunftsprojekte wie „Selbstbestimmtes Altern ermöglichen“, „Beschäftigung steigern und Fachkräfte sichern“, „Energielandschaft Ostbelgien“, „Medienkompetenz stärken“, „Mehrsprachigkeit verbessern“ und „Netzwerke festigen“ von wesentlicher Bedeutung sind – alles Themen, über die wir in den nächsten Stunden und Tagen noch Vieles hören werden.

Reden wir über finanzpolitische Prioritäten dieser Mehrheit, wird der aufmerksame Zuhörer festgestellt haben, dass zwei Drittel der laufenden Ausgaben und Infrastrukturausgaben in die Bereiche Bildung, Soziales und Gesundheit fließen. Das sind ca. 70% des Haushalts – 200 Millionen Euro laufende Ausgaben, die für die Verbesserung der Lebensbedingungen hier in der DG in die Hand genommen werden. Und das bei Wirtschaftsparemtern, die man nun wirklich nicht als rosig bezeichnen kann.



Und trotzdem wird unser Haushalt 2018 ausgeglichen sein. So wollen es die europäischen Vorgaben.

Die ESVG-Normen – oder auf Französisch SEC-Normen – waren noch am Freitag Thema im Interregionalen Parlamentarierrat der Großregion. In Zukunft werden Gemeinschaft und Gemeinden, laufende Ausgaben und Investitionen in einen Topf geworfen. In unseren Gemeinderäten kommen diese neuen Buchhaltungsregeln oft zur Sprache. Das Jährlichkeitsprinzip, das Abschreibungen über mehrere Jahre verbietet und in Kombination mit der Schuldenbremse zu erheblichen Einschränkungen unserer Investitionsmöglichkeiten führt, limitiert unsere Handlungsspielräume massiv. Und das in Zeiten, in denen wir immer noch die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise spüren, Zeiten in denen konjunkturstärkende Investitionen in Straßenbau, Schulen, Krankenhäuser, Altenheime, Sport- und Kulturanlagen... überall in Europa notwendig wären. Aber die von Deutschland dirigierte neoliberale Doktrin der Austerität setzt auf Sozialabbau und Privatisierung statt auf Stabilisierung. Das ist sehr bedauerlich. Diese Politik schwächt Europa nachhaltig und stärkt die EU-Skeptiker dieser Welt. „Die Krise der Krisenbehebung“ nennt es Ulrich Brand, Politikwissenschaftler an der Uni Wien.

Eurostat legt zu allem Übel diese Buchhaltungsregeln jedes Jahr strenger aus, so dass auch alternative Finanzierungen unmöglich werden. Und so wartet unser PPP-Schulbauprojekt immer noch auf sein Eurostat-Urteil.

Wir als DG können diese Normen nicht ändern. So ärgerlich es auch ist: Wir haben keine Wahl. Wir müssen diese Normen anwenden. Das Instrument der Finanzsimulation und der ständige Informationsaustausch mit unseren Gemeinden wird daher wichtiger denn je.



Wir haben aber glücklicherweise vorgesorgt. Die Regierung hat genau aus diesem Grund mit dem föderalstaat den besagten Haushaltspfad ausgehandelt. Dieser hat uns zwischen 2015 und 2017 hohe Defizite erlaubt, um notwendige Investitionen in Altenheime, Krankenhäuser und Schulen vorziehen zu können, die ansonsten später nicht mehr möglich wären.

Aus eben diesem Grund haben wir massiv investiert, zahlen Vorschüsse an Projektträger aus, und konnten so den Registrierungskatalog für Infrastrukturausgaben auf ein historisches Minimum reduzieren.

Ja, ausgedrückt in Zahlen sprechen wir von 315 Millionen Euro Schulden, aber gleichzeitig auch von 600 Millionen Euro Investitionen in unsere Schulen, Krankenhäuser, Altenheime, Rathäuser, Dorfsäle und Vereinshäuser, Sporthallen und Spielplätze, Kirchen und Kapellen. Oder anders ausgedrückt: 211 Bauvorhaben in den 9 deutschsprachigen Gemeinden in den Jahren 2016 und 2017 bzw. 40% Investitionen mit Eigenmitteln.

Liebe Kolleginnen und -kollegen, wenn die Plattenfirma der Beatles 1962 gewusst hätte, dass sie eine der erfolgreichsten Bands aller Zeiten vor die Tür setzte, hätte sie mit Sicherheit vorausschauender gehandelt.

„Musik ist eine Reflexion der Zeit, in der sie entsteht.“, sagte Diana Ross einmal. Ebenso der heutige Haushalt: Es ist ein mutiger Haushalt, der den vorgegebenen Rahmenbedingungen gerecht wird. Ich bin gespannt auf ihre Interpretation, werte Oppositionskolleginnen und -kollegen, und bedanke mich damit für Ihre Aufmerksamkeit.

Lydia Klinkenberg

ProDG-Fraktion